

# Ministerin Lemke ist am Zug

## ARTENSCHUTZ Klarstellung zum Wolfs-Management erwartet

VON STEFAN IDEL,  
BÜRO HANNOVER

**BRÜSSEL/HANNOVER** – Niedersachsen CDU-Opposition hat Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) vorgeworfen, beim Thema Wolfsmanagement ohne greifbares Ergebnis von der Ministerpräsidentenkonferenz in Brüssel zurückgekehrt zu sein. „Wo sind die Taten?“, fragte CDU-Fraktionschef Sebastian Lechner am Freitag in Hannover.

In ihrer Erklärung hatten die Länderchefs von der EU die Möglichkeit gefordert, je nach Region unterschiedlich mit der Rückkehr des Wolfs umzugehen. Besonders Weil hatte dafür geworben, den Abschluss zu erleichtern: Dort, wo es viele Wölfe gebe, müsse der Staat intervenieren können.

Lechner wies darauf hin, dass seit dem Herbst 2022 in



Ein Wolf in einem Tierpark

DPA-BILD: ROESSLER

Niedersachsen keine Wolfsentnahme beantragt wurde. Nach dem Wolfsangriff Ende August im Kreis Stade, wo 18 Schafe direkt getötet und weitere 37 Tiere eingeschläfert werden mussten, sei nichts geschehen. Dabei könne die Landesbehörde NLWKN, die zum Verantwortungsbereich von Umweltminister Christian Meyer (Grüne) gehört, durchaus Wolfstötungen anordnen.

Auch gewähre die EU-Kommission den Ländern inzwischen mehr Spielraum. Den würden Länder wie Schweden oder Norwegen längst nutzen.

Die Handlungsmöglichkeiten des Landes seien begrenzt, widersprach Meyers Sprecher Manfred Böhling. „Der Ball liegt nun in Berlin.“ Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) prüfe derzeit, ob das Naturschutzgesetz geändert werden müsse. Dann könne der „günstige Erhaltungszustand“ des streng geschützten Wolfs festgestellt und eine regional begrenzte Wolfsentnahme möglich gemacht werden. Eine Bundesrats-Initiative – wie von der Opposition gefordert – strebe das Land nicht an. Böhling betonte, dass auch Meyer auf eine praktikable Handhabung in den Regionen nach Nutztierissen durch den Wolf warte.